



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)
Bundeshaus West
Herr Bundesrat Beat Jans
3003 Bern

Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes (Sonderregelung für Reisen ins Ausland für Personen aus der Ukraine mit Schutzstatus S); Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat Jans
Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Möglichkeit, zu den Gesetzesanpassungen im Zusammenhang mit der Sonderregelung für Reisen ins Ausland für Personen aus der Ukraine mit Schutzstatus S Stellung zu nehmen, bedanken wir uns.

Wir begrüssen, dass die bereits am 17. Dezember 2021 vom Parlament beschlossene Änderung des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (Ausländer- und Integrationsgesetz [AIG]; SR 142.20) nun umgesetzt werden soll und parallel dazu die Sonderregelung für Personen aus der Ukraine mit Schutzstatus S auf Gesetzesebene verankert wird.

Aufgrund der entsprechenden Regelung der Europäischen Union und der Visumsbefreiung im Schengen-Raum für Personen mit einem biometrischen Pass der Ukraine mit Schutzstatus S erscheint es uns konsequent, dass die bestehenden Reisemöglichkeiten von Personen mit Schutzstatus S aus der Ukraine beibehalten werden sollen. Wir begrüssen dabei insbesondere, dass es sich explizit um eine Ausnahmeregelung handelt, die auf die besondere Situation von Personen aus der Ukraine mit Schutzstatus S zurückzuführen ist. Sollte es in Zukunft zu einer erneuten Anwendung des Schutzstatus S kommen, würden für diese Personen dieselben Reiseeinschränkungen gelten, wie für Flüchtlinge, vorläufig Aufgenommene und Asylsuchende.

Wichtig erscheint uns schliesslich, dass ein wiederholter oder auf längere Zeit dauernder Aufenthalt in der Ukraine grundsätzlich weiterhin zu einem Widerruf des vorübergehenden Schutzstatus führt.

Sehr geehrter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Altdorf, 27. Januar 2026



Im Namen des Regierungsrats

Der Landammann

Der Kanzleidirektor

Christian Arnold

Roman Balli